

## **Mündliche Stellungnahme zur Anfrage von Stadtrats Karsten Köpp in der Stadtratsberatung vom 4.9.2014**

### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seinen Ausführungen informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, derzeit hierzu keine konkreten Aussagen getroffen werden können, da der vor der Sommerpause zur Anhörung übergebene Entwurf keine auf Kommunen bezogene Daten enthält bzw. welche Auswirkungen sich für einzelne Kommunen ergeben. Ihm sei lediglich bekannt, dass sich die Zahlen für die kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden ändern. Ebenso könne auch keine Aussage getroffen werden, wie sich die Umlegung gestaltet. Herr Dr. Trümper legt dar, dass es eine ganze Reihe von neuen Faktoren gibt, welche bisher nicht im Gesetz enthalten waren und zusätzlich herangezogen werden. Die sich hieraus ergebenden verschiedensten Auswirkungen auf Gemeinden können von ihm jedoch nicht abgeschätzt werden.

Er informiert dass es am kommenden Dienstag einen zweiten Entwurf geben soll, welcher von Seiten der SPD-Fraktion bereits grob der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieser enthält eine Reduzierung der Kürzungen 2015 um 37 Mio Euro und 2016 um 49 Mio Euro.

Im Weiteren geht er auf die immer wieder getroffene Generalaussage ein, dass Gemeinden höhere Steuereinnahmen verzeichnen. Grundlage hierfür ist die Steuerschätzung des Bundes, die auch korrekt im Gesetzesentwurf umgesetzt ist. Allerdings werde die Aussage, dass die Kommunen durch größere Steuereinnahmen die Kürzungen kompensieren, durch die eigenen Zahlen des Finanzministeriums widerlegt, da trotz der höheren Steuereinnahmen der Finanzbedarf der Kommunen steigen würde, und zwar um 26 Mio Euro.

Herr Dr. Trümper macht erläuternde Ausführungen zur Berechnung des Finanzbedarfes und verweist auf Sonderfaktoren, wie Hebesatzvergleich, Benchmarkingvergleich, die Reduzierung des Tilgungszuschusses und viele weitere Faktoren.

Um konkretere Aussagen treffen zu können, legt der Oberbürgermeister dar, müsse er zunächst den überarbeiteten Kabinettsentwurf abwarten. Ihm gegenüber wurde seitens des Landes die Aussage getroffen, dass die konkreten gemeindebezogenen Zahlen in den nächsten Wochen vorgelegt werden sollen.

In seinen weiteren Ausführungen informiert Herr Dr. Trümper, dass die Verwaltung den Haushaltplanentwurf für 2015 fertig gestellt habe und jetzt die Endbearbeitung vornimmt. Insbesondere verweist er auf den zu leistenden enormen Arbeitsaufwand, eine kostenstellenbezogene Umsetzung vorzunehmen und informiert, dass von den Kürzungen nichts im Haushalt eingestellt wurde, da keine konkreten Angaben vorliegen. Der bisher bestehende Fehlbetrag von 29 Mio Euro wurde von ihm im Zusammenwirken mit allen Beigeordneten unter allergrößten Anstrengungen auf Null reduziert. Eine weitere Reduzierung von sieben bis 10 Mio Euro ist jedoch nicht mehr möglich, so dass er dem Stadtrat einen nicht ausgeglichenen Haushalt zur Beschlussfassung vorlegen müsste, wenn die Kürzungen in dieser Dimension vorgenommen werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper versichert, dafür zu kämpfen, dass diese Situation nicht eintritt und bringt sein Unverständnis über die Verfahrensweise des Landes zum Ausdruck.

Er legt seine Auffassung dar, dass durch diese Kürzungen die Stadt in den nächsten Jahren in Schwierigkeiten gerät und jahrelang darum gerungen werden muss, wo in der Stadt Kürzungen erfolgen müssen und wie weiter verfahren werden soll. Nach den in den vergangenen Jahren vorgenommenen insgesamt 171 Sparmaßnahmen ist in der Stadt kein Potenzial mehr vorhanden, weitere zweistellige Millionenbeträge einzusparen.

Sein Unverständnis hinsichtlich des Kürzungsansatzes des Landes untersetzt der Oberbürgermeister anhand eines Beispiels bezüglich Abschreibungen und Tilgungsraten bzw. -zuschüssen.

Zur weiteren Verfahrensweise führt der Oberbürgermeister aus, dass nach Vorlage des überarbeiteten Gesetzesentwurfes am Dienstag die öffentliche Diskussion geführt wird. Nach einer zweiten Anhörung müsse der Landtag tätig werden und im Dezember 2014 den entsprechenden Beschluss fassen.

Er stellt nochmals klar, dass im Haushaltsplanentwurf der Stadt für 2015 hinsichtlich der

Kürzungen keine Veranschlagung enthalten sein wird. Der noch in diesem Entwurf enthaltene Ausgleich wird jedoch im folgenden Jahr nicht mehr zu realisieren sein, ohne dass weitere Sparmaßnahmen vorgenommen werden. Insbesondere verweist er darauf, dem Stadtrat nicht vorschlagen zu wollen, das Theater oder andere Einrichtungen schließen zu lassen.

Hier müsse dann von Allen Überlegungen zum weiteren Umgang mit der Situation angestellt werden.

Herr Dr. Trümper legt dar, gegen die Verfahrensweise des Landes seinen Einspruch an den entsprechenden Stellen geltend machen zu wollen, schränkt jedoch ein, keine große Hoffnung zu haben, dass dieser wahrgenommen wird. Letztendlich werde es den Beschluss des Landtages geben, so dass in der Stadt Überlegungen angestellt werden müssen, wie mit den Minusbeträgen in den nächsten Jahren eine Stadt gesteuert und Investitionsmaßnahmen realisiert werden können.